

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



18. 10. 02

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Großen Tariff Kommission,

wir erwarten von Euch, dass Ihr eine klare Entscheidung fällt für eine offensive Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Wir weisen alle Versuche zurück einen Niedrigabschluss von 3 Prozent anzupeilen. Der Tarifabschluss 2000 war eine große materielle Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir erinnern daran, dass die ArbeiterInnenkonferenz der ötv einen Monat nach diesem Abschluss bereits zurecht einen Nachschlag und dessen Durchsetzung per Kampfmaßnahmen beschlossen hat. Die Reallohnverluste der letzten Jahre müssen endlich ausgeglichen werden. Der Euro ist ein Teuro. Aber seit seiner Einführung im Januar gab es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keinen Cent Ausgleich. Die rot-grüne Regierung hat mit ihrer Koalitionsvereinbarung deutlich gemacht, dass sie mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben weitermacht. Uns droht u.a. eine Erhöhung der Preise für Erdgas, steigende Rentenbeiträge, weitere Erhöhung der Ökosteuer. Die Tarifrunde muss das deutliche Signal setzen, dass die Gewerkschaften nicht länger bereit sind die Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen und Superreichen zu unterstützen.

Trotz Lohnverzicht ist der Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren weitergegangen. Für die Beschäftigten hat sich dadurch der Arbeitsstress enorm erhöht. In der jetzigen Tarifrunde müssen wir uns für die gestiegene Arbeitsproduktivität unseren Anteil zurückholen.

Wir akzeptieren nicht das Argument der leeren öffentlichen Kassen. Wir stellen fest, dass offensichtlich genug Geld da ist für einen Rekord-Rüstungshaushalt von 25 Milliarden Euro oder die zusätzliche Finanzierung von 37 Militär-Transportflugzeugen (A400M) für zehn Milliarden Euro. Wenn Eichel, die Finanzminister der Länder und die Kämmerer in den Kommunen die öffentlichen Haushalte sanieren wollen, dann sollen sie das Geld da holen wo es ist. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in alter Form würde 4 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskassen bringen. Eine ein prozentige Abgabe auf Privatvermögen über einer Million brächte nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sogar 16 Milliarden mehr Steuereinnahmen im Jahr.

Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammengeschlossenen Kolleginnen und Kollegen haben bereits bei ihrem letzten bundesweiten Treffen am 25. Mai die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 250 Euro beschlossen. Darüber hinaus verlangen wir 100 Prozent Weihnachtsgeld und die sofortige Anhebung der Ost-Tarife auf das West-Niveau. Die Laufzeit des Tarifvertrags muss auf 12 Monate begrenzt werden. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Arbeitsintensivierung für die Noch-Beschäftigten muss die 30-StundenWoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Einführung eines tariflichen Vorruhestands ab 58 Jahren auf freiwilliger Basis auf die Tagesordnung der Tarifrunde gesetzt werden. Radikale Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung muss die Antwort der Gewerkschaften auf die Hartz-Pläne sein. Gewerkschaften müssen die Arbeitslosigkeit bekämp-



fen und nicht die Arbeitslosen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass über die Hartz-Pläne der Niedriglohnsektor ausgebaut und unsere tariflichen Rechte ausgehebelt werden. Deshalb erwarten wir von der Großen Tarifkommission eine klare Ablehnung der Hartz-Pläne.

Auf der Tagesordnung der Großen Tarifkommission steht auch das weitere Verfahren mit den „100 Punkten zur Modernisierung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst“. Wir verlangen, dass diese 100 Punkte vollständig zurückgezogen werden und in der Tarifrunde keine Kompensationsgeschäfte mit irgend einem dieser Punkte gemacht werden. Die „100 Punkte“ sind ein Zugeständnis an den neoliberalen Ausverkauf des öffentlichen Dienst. Sie bedeuten die Akzeptanz von Privatisierung, Wettbewerb und Konkurrenz im Bereich öffentlicher Dienste und die damit verbundene Absenkung erkämpfter Standards im Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Wir lehnen diese Position ab und verlangen stattdessen einen bundesweiten Kampf gegen Privatisierung und Tariffucht.

Die Erfahrung der vergangenen Tarifrunden im öffentlichen Dienst und die bisherige Tarifpolitik unter ver.di zeigt, dass der Kampf für die Verteidigung unserer erkämpften Standards und für höhere Löhne untrennbar mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie verbunden werden muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig den Arbeitgebervertretern näher stehen als uns, über unsere Köpfe hinweg lausige Tarifverträge abschließen. Die Tariffbewegung gehört von der Aufstellung der Forderung bis zum Abschluss in die Hände der Mitgliedschaft. Wir fordern demokratische Diskussion und Entscheidung über Forderungen und Kampfmaßnahmen. Wir verlangen gläserne Tarifverhandlungen. Kein Abschluss ohne vorherige mehrheitliche Zustimmung durch die Mitgliedschaft.



Hier sind fünf Finger.
Einzel sind sie nichts.
Aber wenn ich sie zu einer
Einheit zusammenschließe,
sind sie eine Waffe,
schrecklich anzusehen!

Aus der Abschlusserklärung der 120 TeilnehmerInnen verschiedener Gewerkschaften am 5. Kongress der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ vom 11./12. Oktober in Köln

„Während in Rom, Paris, London, Madrid und Washington Hunderttausende auf die Straße gehen und Millionen an großen Streiks beteiligt sind und die Gewerkschaften an vorderster Linie der Proteste stehen, machen in Deutschland die Gewerkschaften gute Miene zu einem bedauerlichen Spiel, das sich „Bündnis für Arbeit“ nennt.

Das muss sich ändern. Auch in Deutschland gehören die Gewerkschaften in die erste Reihe beim Widerstand gegen Kriegspläne, Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Lohnraubpolitik. Zusammen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, den Kritikern der kapitalistischen Globalisierung, der Erwerbslosenbewegung und der Umweltbewegung muss der unsozialen Politik der Berliner Republik ein Ende bereitet werden.

In Berlin verhandeln Koalitionsparteien – erklären wir unsere eigenen Positionen und Ansprüche! Die zweiten vier Jahre Rot-Grün dürfen nicht auf Maulhalten und Zurückweichen der Gewerkschaften vertrauen.

Nein zu den Kriegsplänen gegen den Irak! Nein zu deutscher Großmachtpolitik! Nein zu den Hartz-Plänen! Gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung und für eine Offensive der Gewerkschaften zur radikalen tariflichen und gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nein zum Ausverkauf des öffentlichen Eigentums und den Privatisierungen sozialer Einrichtungen. Solidarität und Gerechtigkeit weltweit – gegen Standortkonkurrenz und Freihandelsterror!“

Infos & Kontakt:...